

NN/Nürnberg
Nachrichten, 9.10.12.95

Vor 40 Jahren unterzeichneten Deutschland und Italien die erste „Anwerbevereinbarung“

Viele „Gastarbeiter“ sind längst Rentner

Das Wirtschaftswunderland brauchte Arbeitskräfte — Doch schon 1973 kam der „Anwerbestopp“

VON ALEXANDER JUNGKUNZ

NÜRNBERG — „Der Italiener liebt im allgemeinen keine dünnen und flüssigen Soßen, insbesondere keine Mehlsößen. Zu Teigwaren, die nicht zu weich gekocht werden sollten, gibt man Tomatensoße. Der Italiener ist nicht gewohnt, Obstsaft oder Most zu trinken. Zum Essen trinkt er mit Vorliebe Wein und Wasser.“ Nein — diese Tips sind keine Satire von Gerhard Polt, sondern wurden vom Landesarbeitsamt Stuttgart veröffentlicht, als die ersten italienischen „Gastarbeiter“ nach Deutschland kamen und mit heimischer Kost wenig anzufangen wußten.

Auch dieses Datum gehört zum Gedenkjahr 1995: Vor 40 Jahren, am 20. Dezember 1955, unterzeichneten der deutsche Arbeitsminister Anton Storch und Italiens Außenminister Gaetano Martino die erste „Anwerbevereinbarung“. Vor allem in Baden-Württemberg fehlten Landarbeiter. Also holte dasselbe Deutschland, aus dessen zerbombten Westzonen nach dem Krieg die Menschen in Scharen vor allem in Richtung USA ausgewandert waren, nun selbst Fremde herein.

Daß dies auch aufgrund massiven Drucks Italiens geschah, belegte auf einer Nürnberger Tagung zum „Gastarbeiter“-Jubiläum der Osnabrücker Historiker Johannes Dieter Steinert: Im Armenhaus des Landes, dem Mezzogiorno des Südens, gab (und gibt) es kaum Arbeit, während in Deutschland Kräfte gebraucht wurden — Rom stellte Bonn vor die Alternative, entweder mehr italienische Waren oder eben Arbeitskräfte zu importieren.

Mauerbau stoppte Abwanderung

Doch erst mit der Hochkonjunktur im Wirtschaftswunderland kamen die „Gastarbeiter“ in Strömen. So verzehnfachte sich in Nürnberg von 1959 bis 1962 die Zahl der Italiener von 460 auf 4800 — vor allem die MAN holte als erster Konzern viele über die Alpen. Und weil mit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 die West-Wanderung von arbeitssuchenden DDR-Bürgern radikal gestoppt wurde, schloß die Bundesrepublik eine ganze Reihe weiterer Anwerbevereinbarungen. Schon lange, so zitierte Steinert, hatten fast zwei Dutzend Staaten darauf gedrängt. Die Spanier setzten sich nach den Italienern als zweite durch, es folgten Griechenland und die Türkei. Später kamen Portugal, das frühere Jugoslawien, Marokko und Tunesien dazu. Und schon 1964 wurde mit dem Portugiesen Armando Rodriguez der einmillionste „Gastarbeiter“ mit einem Festakt in Köln begrüßt, bei dem er als Geschenk ein Moped bekam.

Diese Feierstimmung verflieg in den 70er Jahren sehr rasch, als mit der Ölkrise die Konjunktur einbrach und die Zeiten der Vollbeschäftigung vorbei waren. 1973 sah sich die sozial-liberale Koalition gezwungen, angesichts hoher Arbeitslosigkeit in Deutschland die Notbremse zu ziehen, und verhängte einen Anwerbestopp. Das aber führte nicht zu einem Rückgang der Einwanderung



Strahlende Gesichter am Dortmunder Bahnhof: Italienische „Gastarbeiter“ in den 60er Jahren bei der Abfahrt zu einem Urlaub in der alten Heimat. Foto: NN-Archiv

— im Gegenteil: „Seither standen ausländische Arbeitskräfte, die nicht auf Dauer von ihren Familien im Herkunftsland getrennt leben wollten, vor der Alternative: endgültige Rückkehr in die Heimat ohne Chance auf Wiederkehr oder Familiennachzug in die Bundesrepublik. Die meisten blieben und zogen ihre Familien nach“, schreibt der Migrationsexperte Klaus J. Bade in dem neuen Sammelband „Mit Fremden leben“ (Beck Verlag).

Immer mehr zeigte sich, daß der Begriff „Gastarbeiter“ bei den meisten der hereingeholten Ausländer eben nicht stimmte: Sie waren nicht gekommen, um nach ein paar Jahren Arbeit wieder zu gehen, sondern fanden in Deutschland eine neue Heimat. Von Anfang an aber vermied es die Regierung, die deutsche Bevölkerung wie auch die „Gastarbeiter“ selbst darüber zu informieren, daß deren Anwesenheit häufig eben nicht von kurzer Dauer sein würde.

Dabei zeichnete sich dies schon 1959 ab, als der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard schrieb: „Wün-

schenswert wäre, wenn die Bedingungen für die Hereinnahme ausländischer Arbeitskräfte so gestaltet werden könnten, daß es gelingt, sie auch zur Aufnahme längerfristiger Beschäftigung zu werben.“ Und die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit förderte die langfristige Ansiedlung ausländischer Arbeitskräfte mit billigen Darlehen für den Bau von Unterkünften.

Längst sind schon rund 350 000 „Gastarbeiter“ ins Rentenalter gekommen; noch immer hält Bonn an seiner Aussage fest, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland. Dazu der Historiker Steinert: „Die ausländischen Arbeitnehmer blieben so in einer permanenten Unsicherheit über die letztendliche Dauer ihre Aufenthalte. Sie lebten und arbeiteten in einer Gesellschaft, die zudem nicht oder nur unzureichend über Hintergründe und Ziele der deutschen Politik informiert worden war. Die deutsche Zuwanderungspolitik blieb Verschlußsache, was wesentlich zu den bis heute anhaltenden Irritationen beigetragen hat.“